

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 23.

Sonntag, den 4. Juni 1922.

4. Jahrgang.

Verlagsgesellschaft „Egzer Freie Presse“ m. b. H.
Petrikauer Straße Nr. 86. Geldsendungen und Zuschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Ludwig
Wolff, Gdankastrasse Nr. 112.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 900 Mt. vierteljährlich
f. Deutschland R. M. 30. — Anzeigenpreis: für die sechs-
gespaltene Kleinzeile R. M. 60. — für Deutschland R. M. 6. —

Meinen Freunden daheim.

Mir ist von Euren hohen Unterfangen die frohe Kunde eben zugeflossen, und allsogleich schwand meiner Seele Bangen. Bin, klar erschauend, kampfhafte aufgeschossen. In meiner Brust entbrannte das Verlangen, Nicht fern zu sein von meinen Landsgenossen. Daheim ein Wollen und ein Auferstehen Und hier in Einsamkeit ein Müßiggehen.

Doch nein! es ist kein schales Müßiggehen: ich bin nur fern, die Waffen mir zu schmieden, um meinen Mann in Ehren einst zu stehen, wenn mir vom Schicksal wieder wird beschieden, an Eurer Seite Schritt um Schritt zu gehen im Kampfesstraufe wie im milden Frieden. Schon eil' ich heut im Geiste fort von hinnen, Euch, teure Freunde, gilt mein heißes Sinnen!

Und ist's mir diesmal leider nicht gegeben, der Not gemäß, Euch Streikern beizustehen unmittelbar mit Hieb und Stoß im Streben: ich will mich drob in Klagen nicht ergehen, ich will mich keiner Schwäche hier ergeben, inbrünstig aber in Gebeten flehen um meiner Heimat besseres Gedeihen, um Kraft und Mut für Euch, Ihr Lieben, Treuen.

Bleibt mannhaft kämpfend, schirmend in den Schranken! Ihr habt den Weg zur Walfstatt selbst gefunden. Bedenkt, daß Waffenstreckung, sorgend Wanken dem Volke brächte frische Schicksalswunden! Und danach hängen keines Mann's Gedanken, der ohnehin schon trägt das Haupt verbunden. Indes, der Tag wird manches Leid ergehen, jedoch der Heldenkampf heißt immer Leb'n!

Ich flehe höchsten Beistand für Euch nieder und rufe: Heil! dem ganzen Volk entgegen; wir sehen uns an anderen Tagen wieder, entweder siegend oder unterlegen. Allein, ist Euer Streben göttlich, Brüder, so wohnt in ihm schon heute Siegessegnen. Drum wollen wir getroßt aufs Ende schauen Und an des Volkes Zukunft freudig bauen.

Ed. uard Zeikner.

Eisenach in Th., d. 1. 5. 22.

Patriotismus.

Mit keinem Wort wird gegenwärtig so viel Mißbrauch getrieben wie eben mit dem obenangeführten. Wer und was wird heutzutage mit diesem im Grunde heiligen Worte nicht bedacht? Die Zeiten sind mal verschwenderisch, besser gesagt: ehrfurchtslos. Nur zu oft tritt an Stelle von tatsächlich patriotischen, vaterlandsfreundlichen Taten und Gedanken ein erbärmliches Feilschen um den eigenen Vorteil, ein verstecktes Weihrauchstreuen vor der eigenen Person hervor. Besonders kraß kommt das selbstfüchtige Treiben mancher „Patrioten“ zum Vorschein, wenn sie mit haßerfüllter Stimme in der Richtung ihrer Gegner keck die Hand streckend ausrufen: „Schaut, diese da sind sämtlich Vaterlandsverräter, Staatsverbrecher! Zum Erhängen reif genug sind sie oder bestenfalls zum Schmachten in den Gefängnissen“. Gewiß als die leichteste Kampfesart gilt seither das Umschwerfen mit Verleumdungen und Verdächtigungen. Daß ein edler Mensch zu derart schmutzigen Waffen nicht greifen kann, ist klar. Einem ritterlichen, sittlichen Charakter sind alle Winkelzüge und finstere Machenschaften von vornherein ein Greuel und des Abscheues würdig. Nicht umsonst sagt da ein Weiser: „An den Kampfesmitteln ist der Feind zu erkennen“. Schmutzige Kampfeswaffen finden sich nur in schmutzigen Händen.

Doppelt traurig ist es nun festzustellen, daß in dem gegenwärtig entbrannten Kampf zwischen der kirchenstaatlichen Richtung innerhalb unserer lutherischen Kirche in Polen und denen, die, auf den breiten Volksmassen sich stützend, den Gedanken einer auf demokratischer Grundlage aufgebauten Kirche verfolgen, von Kampfesmitteln Gebrauch gemacht wird, die keinesfalls zu den edlen gezählt werden können. Man wirft den letzten nämlich Mangel an Vaterlandsliebe vor, sagt, ihre Sehnsucht gehe nach drüben, nach Berlin; dem polnischen Staatswesen ständen sie feindlich, im besten Falle kalt gegenüber.

Wie gefährlich nun solche verleumderische Arbeit werden kann, ist aus den Berichten der polnischen Hefpresse zu ersehen. Bereitwillig haben Zeitungen wie die „Rzeczpospolita“, „Rozwój“ und andere die von dem berüchtigten Zeitungsbericht (siehe „Volksfreund“ Nr. 12) ausgestreuten politischen Verdächtigungen ausgenützt und trompeten nun mit verdreifachter Kraft über unseren angeblichen Landesverrat, über unsere staatsgefährlichen Umtriebe. Daß diese Verheerung in den Hirnen urteilsloser Menschen furchtbare Verheerungen auslösen kann, die dann in Form von Verdrängung der deutschen Unterrichtssprache, Schließung

der deutschen Schulen und evangelischen Bethäuser, ja unter Umständen zu Gewalttätigkeiten gegenüber den deutsch-evangelischen Bürgern Polens führen kann, das haben die von einem haßerfüllten Gefühl befangenen Schreiber des schändlichen Zeitungsberichts vom 23. Februar 1922 nicht bedacht.

Was gibt unseren Gegnern das Recht, sich einzig und allein als waschechte, unverfälschte Patrioten aufzuspielen? Gehört unbedingt zum Patriotismus, daß man seiner Eltern Sprache und Herkunft verleugnet? Offenbart sich darin die glühende Vaterlandsliebe?

Nimmer. Sind unsere deutschen Volksgenossen in Stadt und Land vielleicht minderwertige Patrioten? Tragen sie die ihnen seitens der Regierung auferlegten Steuerlasten nicht ebenso willig und schicksalsergeben wie alle anderen Mitbürger, ja unter Umständen noch freudiger? Wieviel deutsches Blut, teures Blut unserer deutschen Kolonistenöhne, unserer deutschen Stadtbevölkerung hat den Boden Podoliens und Wolhyniens getränkt? Sind wenige unserer Brüder bei der Verteidigung von Warschau zur Zeit des unseligen Bolschewikeneinfalls mit in den Ehrentod gegangen? Gewiß, es sind nur wenige, die eben diesen tatsächlichen, bitteren Patriotismus unserer lieben Volksgenossen an gebührender Stelle vorbringen. Sonst deckt alles tiefes Schweigen, lautlos rollen zu Boden die Tränen eines blutenden, vergrämten deutschen Mutterherzens, still verklingt das treue Gedenken von Bruder und Schwester, von Freund und Bekannten. Mit Recht müssen wir uns die Stillen im Lande nennen, obzwar öfters dies zu unserem Nachteil führt.

Wandel muß hier geschaffen werden. Denn wir sehen, wie man uns in den Schatten stellt, unsern ehrlichen Namen schändet. Verrat litt die deutsche Volksseele seit undenklichen Zeiten nicht. Treue galt stets als oberstes Wahrzeichen männlicher Tugenden. Wie sagt doch Dr. Martin Luther so schön: „Uns Deutschen hat keine Tugend so hoch gerühmt und, wie ich glaube, bisher so hoch erhoben und gehalten, als daß man uns für treue, wahrhafte, beständige Leute gehalten hat, die da haben Ja Ja, Nein Nein lassen sein, wie daß viel Historien und Bücher Zeugen sind“.

Den polnischen Staat haben wir keine Ursache zu verraten, sind wir doch selbst ein Bestandteil eben dieses Staates. Seit Jahrhunderten lebt unser Volkspplitter in polnischen Landen und geht ehrlich und rechtschaffen seiner Arbeit nach, dadurch in vielen Hinsichten zum Träger höherer Kulturwerte für das polnische Volk werdend. Mit Gut und Blut sind wir bereit, dem bedrohten polni-

schen Heimatlande zu Hilfe zu eilen, wie wir es bereits in der jüngsten Vergangenheit bewiesen haben. Unser Patriotismus ist echt und wahr, tiefinnerlich, er äußert sich mehr in Werken als in Worten. Unsere Pflichterfüllungen erachten wir als zu selbstverständlich, als das wir durch schmetternde Trompetenstöße unsere polnischen Mitbürger immer wieder darauf aufmerksam machen sollen.

Den Verleumdern aber, ganz gleich, welchen verantwortlichen Posten sie auch einnehmen, rufen wir zu: bedenkt, was ihr tut! Die Drachensaat kann blutige Früchte bringen, die euer Gewissen vor Gott wird zu verantworten haben. Leicht ist ein Verdacht ausgesprochen, auch leicht aufgeschrieben, doch wieviel Unglück, Menschenschicksal ist daran geknüpft. Bedenket wohl!

„Wes das Herz voll ist, des gehet der Mund über“. Wendet euch mit den liebglühenden Herzen zu euren polnischen Volksgenossen, redet mit der Ueberzeugungskraft eines Savonarola zu den Volksmassen, legt alle eure Liebe an den Tag, dient dem hohen Missionsideal, predigt das Evangelium dem polnischen Volke. Wie wahrhaft edel und menschenfreundlich wäre diese Arbeit, eine hohe patriotische Tat, echter Patriotismus. Sagte doch gelegentlich unser Rosegger: „Patriotismus ist nicht der Haß gegen ein fremdes Volk, sondern die Liebe zu dem eigenen“.

Das Festhalten am angestammten Volkstum ist unser gutes Recht, das die polnische Verfassung uns feierlich verbrieft hat. Daran werden wir auch fürder festhalten, den Kampf für Muttersprache und Luthers Lehr unentwegt weiterführen. Vor Ausstreuung unbegründeter, den Nächsten an Leib und Seele schädigender, Verleumdungen und Verdächtigungen wolle uns Gott gnädiglich behüten. Wir greifen niemanden an, notgedrungen verteidigen wir bis aufs Blut unsere heiligsten Menschenwürden: Glaube, Heimat und Volkstum! Dies mögen sich unsere Widersacher merken. Zum Urteilställen über unsere Vaterlandsliebe sind sie nicht befugt. In Zukunft wollen sie dieses hohe Vorrecht unbefangenen Menschen einräumen. Denn nur zu klar springt jedem ehrlichen Menschen, wenn er die seitens der Warschauer kampfeslustigen polnisch-evangelischen Kreise betriebene „patriotische Schätzungsarbeit“ einer Prüfung unterzieht, die verkappte unrühmliche Nebenabsicht: den Gegner auf die leichteste Weise kalt zu stellen, sofort ins Auge.

Und lezhin: Wo sind die Beweise unseres Verrats, wo die Spuren einer staatsfeindlichen Tat? Wir verlangen Beweise von all denen, die angeben, den wahren Patriotismus nur einzig und allein zu besitzen. E. S.

Um die Freikirche.

Man schreibt uns:

Ich kann es nicht unterlassen, über den in Nr. 18 des „Volksfreundes“ von St. unterzeichneten Artikel unter dem Titel „Um die Freikirche“ und über die hierzu genommene Stellung des Herrn Armenius meine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Meines Erachtens nach hat St. nicht ganz unrecht, wenn er sagt, daß die Gemeinde keinen Opfer Sinn besitzt. Ich begründe dies auf eigene Erfahrung. Solches ist, ich muß es offen heraus sagen, ganz besonders in meinem Heimatdort der Fall. Unsere Dorfbewohner sind in religiöser, kultureller und völkischer wie auch in sittlicher Hinsicht zu tief, infolge jahrelang unter ihnen wirkender, oftmals nicht im geringsten Maße ihrer Aufgabe gewachsenen Lehrkräfte, der Kantoren, gesunken, als daß sie, sei es einen Pastor oder Lehrer, und wenn solcher auch seine ganze Kraft

und Fähigkeiten, sein bestes Können und Vermögen in den Dienst der Gemeinde stelle, freiwillig zur Genüge bemitteln sollte.

Ich will das Gesagte an der Hand eines einzigen Beispiels erläutern.

Wie bekannt, muß man jetzt alljährlich, um eventuell eine Schule deutsch zu erhalten, eine entsprechende Anzahl von Deklarationen der in Frage kommenden Schulbehörde vorlegen. (Leider, wie ja allbekannt, fallen ja die meisten unserer Schulen trotz alledem polnischen Hakatisten resp. Chauvinisten in die Hände).

Ich habe es nun auch des öfteren versucht, in meinem Heimatdort, da mir das Wohl und Wehe der deutschen Schulen wirklich auf dem Herzen lag, Deklarationen an betreffender Stelle einzureichen. Aber mit wie viel Mühe das Durchführen dieser Tat verknüpft war, läßt sich im Rahmen eines kleinen Aufsatzes gar nicht sagen. Es sei hier nur das wesentlichste erörtert.

Da man in solch einer Deklaration bekanntlich das Geburtsdatum und den Ort der Geburt eines jeden Kindes anführen muß, sah ich mich in die Notwendigkeit versetzt, von Haus zu Haus zu gehen, um die gewünschte Auskunft zu bekommen. Ich täuschte mich aber sehr. Denn ein großer Teil wußte überhaupt nicht, wann ihre Kinder geboren worden sind, andere waren kaum in der Lage, die Jahreszeit anzugeben, andere wiederum wußten glücklicherweise das Geburtsjahr anzugeben, kurzum, nur ein kleiner Prozentsatz wußte das genaue Geburtsdatum ihrer Kinder. Wenn ich nun solch einem in höchstem Grade verkommenen Individuum einen Besuch abstattete und ihm den Zweck und die Bedeutung der Sache so gut wie ich es fertig bringen konnte, erklärte, war der Betreffende mehr oder weniger einverstanden, sobald ich ihm aber anheimstellte, daß er das zu einer Deklaration erforderliche Papier und den Briefumschlag zu bezahlen hat, stieß ich auf schroffen Widerstand. Nur wenige waren es, die es für ihre Pflicht hielten, die paar Mark zu entrichten. Waren hiermit die Schwierigkeiten meinerseits schon etwa aufgehoben? Keineswegs. Nachdem ich die Deklarationen fertig geschrieben hatte, mußte ich wiederum in jedem Hause Einkehr halten, damit sie mir unterschrieben wurden. Ein großer Teil weigerte sich sogar, dieselben zu unterschreiben, unter dem Vorwande, ich hätte ihnen womöglich das Todesurteil aufgeschrieben. Solche Beispiele könnte ich dühendweise aufzählen. Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß sich solches nicht nur von meiner Heimat sagen läßt, sondern von vielen andern, mir gut bekannten Gemeinden.

Hat Herr Armenius dann recht, wenn er sagt, daß die Gemeinden stets opferwillig sind und daß sie selbst einsehen, wann es nötig tut, dem Pastor das Gehalt zu erhöhen? Ich zweifle. Viele unserer Glaubens- und Volksgenossen lieben ihren Geldbeutel, den Mammon, nicht aber die Kirche und Schule.

Ich stelle der Behauptung des Herrn Armenius gegenüber fest, daß solche Leute, die nur ihren Geldbeutel lieb haben, von Schule und Kirche nichts wissen wollen, die nicht willens sind, die paar Mark für das zu einer Deklaration erforderliche Papier auszulegen, ganz bestimmt nicht einsehen werden, wann es nötig ist, dem Pastor das Gehalt zu erhöhen oder für kirchliche Zwecke ein reichliches Opfer darzubringen. Und leider gibt es, wie schon bereits erwähnt, dorer viele unter unseren Glaubens- und Volksgenossen in Stadt und Land.

Mich auf das obengefragte stützend, frage ich zum Schluß, ohne etwa ein Gegner der Freikirche zu sein: Wird die Freikirche, wenn es wirklich zu einer solchen kommen sollte, auch nicht mit so manchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben?

E. Majewski.

Gewissensknechtung.

Dieses Wort kennzeichnet voll und ganz den neuen „Entwurf einer Verfassung der Ev.-Augsb. Kirche in Polen“, der seitens des Konsistoriums ausgearbeitet worden ist.

Die Kirchengewalt, nach biblisch-lutherischer Auffassung heiligstes Gut der ganzen Gemeinde, geht an die Kirchenbeamten und einige Gemeindevertreter über, die auf die Dauer von 6 Jahren (!) gewählt werden sollen. „Durch die verfassungsmäßigen Organe übt die Kirche ihre Rechte und Pflichten aus“, heißt es in § 3 des Entwurfes. Die „verfassungsmäßigen Organe für die Kirchengemeinde sind: Pfarramt, Kirchenrat (das heutige Kirchenkollegium) Gemeindevertretung und die Gemeindeversammlung. Letztere tritt aber nach § 27 „lediglich zur Wahl der Pfarrer (Pastoren) und der Gemeindevertretung zusammen“. Alle andern Fragen wie: Erwerb und Verkauf von Kirchengut, Errichtung neuer kirchlicher Ämter, Gehaltsfestsetzungen usw. regelt der Kirchenrat mit der Gemeindevertretung. Ja nicht einmal das Kirchenkollegium wird in größeren Gemeinden von der Gemeindeversammlung gewählt, sondern von der Gemeindevertretung. Beide Behörden werden — wie schon erwähnt — auf die Dauer von 6 Jahren gewählt.

Rechenschaft darüber, wie gewirtschaftet werden wird, wird man nicht mehr den Gemeinden, sondern nur den höheren Kirchenbehörden ablegen.

Die neue Verfassung will also die Rechte der einzelnen Gemeinden sehr beschneiden. Ihnen bleibt nur noch das Zahlen übrig sowie alle 6 Jahre die Wahl von Vertretern und nötigenfalls die Wahl eines Pfarrers. Die Kirche soll zu einer Beamtenanstalt werden, in der sich die Pastoren und Kirchenbeamten sicher sehr wohl fühlen, in der aber die, auf welche es eigentlich ankommt, die Gemeindeglieder, fast nichts zu sagen haben werden.

In § 5 heißt es: „Jedes kirchliche Organ ist dem nächsthöheren untergeordnet“. Also eine Verfassung, die sehr an die katholische Hierarchie erinnert, die sich bekanntlich um die Meinung der Gemeinde nicht kümmert. Es sei noch erwähnt, daß zum Kirchenrat 6 bis 20 Vertreter der Gemeinde gehören sollen. Die Zahl der Gemeindevertretung (bei allen Gemeinden von mehr als 1000 Seelen) „hat das 5fache der Mitgliederzahl des Kirchenrates zu betragen, also 30 bis 100 Personen.“

Ganz klar und nachdrücklich muß festgestellt werden, daß dieser Entwurf ein Hohn auf lutherische Begriffe von den Rechten und Pflichten einer Gemeinde ist. Wie diese aussehen, haben wir genugsam gezeigt. Wir sind heute sehr weit von der wahren Gestalt einer Gemeinde entfernt, aber wenn die Synode den besprochenen Entwurf in seinen Hauptpunkten annehmen, also Gesetz werden lassen sollte, dann werden wir und erst recht unsere Nachkommen einst mit Sehnsucht an die goldene Zeit der Freiheit unserer Gemeinden vor dem Weltkrieg gedenken.

Die Gemeinden müssen daher auf der Hut sein. Ihre Synodalen dürfen nun und nimmer den Entwurf in seiner heutigen Gestalt annehmen. Die Gemeinden dürfen sich ihrer Rechte auf Kosten einer „Vertretung, die ihre Rechte und Pflichten ausüben soll“ nicht begeben, sich ihre Rechte nicht nehmen lassen. Ihr, der Gemeinde, müssen die Kirchenbeamten Rechenschaft ablegen, wie es bisher bei uns Brauch gewesen ist, wie es überall in den evang. luth. Gemeinden geübt wird.

Unannehmbar sind auch die Bestimmungen über die Synode. § 45 lautet: „Die Synode besteht aus 95 Mitgliedern:

1. dem Präsidenten und Vicepräsidenten des Oberkirchenrates;

2. aus einem Abgeordneten der evangelisch-theologischen Fakultät der Landesuniversität, der von der Fakultät aus ihrer Mitte gewählt wird;
3. den Direktoren der evangelischen Lehrbildungsanstalten zu Bielitz und Lodz;
4. aus 30 geistlichen Abgeordneten, die von sämtlichen Gemeindepfarrern in geheimer schriftlicher Abstimmung gewählt werden;
5. aus 30 weltlichen Abgeordneten ohne Unterschied des Geschlechtes, die von den Seniorenratsversammlungen aus ihrer Mitte in geheimer Abstimmung gewählt werden;
6. aus 30 Abgeordneten ohne Unterschied des Geschlechtes, die durch Urwahlen und einfache Verhältniswahlen in allen Kirchengemeinden nach gebundenen Listen gewählt werden.

Sehen wir uns diesen Paragraphen einmal näher an. Die in Punkt 1 genannten Personen sind die „personae gratae“ (wie der Bischof gesagt hat), Männer, die nicht so sehr das Wohl der Kirche als vielmehr ihre eigene Beamtenlaufbahn im Auge haben, die unsere Kirche zum Werkzeug der Politik machen und als solches erhalten wollen.

Zu 2: Wenn wir bedenken, wie sich die Warschauer theologische Fakultät zu der Mehrheit in unserer Kirche stellt, so werden wir wissen, was Geistes Kind der Mann sein wird, den sie zur Synode entsenden wird.

Staatsbeamte sind auch die im Punkt 3 genannten Herren. Auch ihnen werden die Interessen des Staates, die Polonisierung unsrer Kirche vor allem am Herzen liegen.

Ganz gefährlich ist Punkt 4. Nicht alle Geistlichen sollen zur Synode kommen dürfen, sondern nur 30 von der Pastorenschaft gewählte. Nun wissen wir zur Genüge, wie die Mehrheit unserer Pastoren gesinnt ist. Und so können wir schon heute voraussagen, daß, wird dieser Entwurf Gesetz, kein deutschgesinnter Pastor die Synode betreten wird. Es werden nur polnischgesinnte gewählt werden. Diese werden auch Sorge tragen, daß von den in Punkt 5 genannten 30 weltlichen Abgeordneten die erdrückende Mehrheit auf der bischöflichen Seite stehen wird. Denn diese Abgeordneten kommen erst nach 4-facher „Läuterung“ in die Hallen der Synode. Die Gemeinde wählt die Gemeindevertretung, letztere den Kirchenrat, dieser die Mitglieder der Seniorenratsversammlung, und diese erst wählt dem Wortlaut des Punkt 5 zufolge die Abgeordneten zur Synode. So sind dann 65 Mitglieder, also $\frac{2}{3}$ der Synode ein willfähriges Werkzeug in der Hand des Staates.

Klar ist, daß auch von den letzten 30 Abgeordneten, die den Gemeinden geschenkt ist zu wählen, nicht alle die rechten Männer sein werden. Und so sieht fest: Die Synode wird nicht so sehr das Wohl der Kirche als Polonisierungsbestrebungen im Auge haben.

Dem ganzen Entwurf merkt man die blasse Furcht ihrer Urheber vor der Stimme des Gemeindevolkes an. Durch Schaffung eines großen Verwaltungsapparats und vieler neuer Amtsbezeichnungen (Gemeinderat, Senior, Bischof usw.) will man die Gemeinden glauben machen, die Kirche sei neu geworden.

Unsere Vertreter auf der nächsten Synode werden viel Mut, Entschlossenheit und Festigkeit an den Tag legen müssen, um dies klerikal-advokatische Machwerk von Kirchengesetzentwurf, durch das man den Gemeinden die Freiheit rauben will, abzulehnen. Sie werden die Ersetzung der freitötenden Paragraphen durch solche, die der evangelischen Auffassung von der christlichen Gemeinde entsprechen, unbedingt zu fordern haben. Sie werden auch in lutherischem Gottvertrauen den einzigen Rettungsweg, den zur

Freikirche, betreten, ein Bekenntnis zu ihr ablegen müssen, wenn die Bischöflichen auf unsre Forderungen nicht eingehen sollten.

Denn nimmer wollen wir uns die uns durch Luther erkämpfte Freiheit von klerikalem Joche (durch wen es auch sei) rauben lassen.

N. L.

Weitere Proteste gegen die Polonisierung der evangelischen Kirche.

Die von Lodz ausgegangene Bewegung gegen die Polonisierung der evangelischen Kirche in Polen entgegen dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Glaubensgenossen zieht immer weitere Kreise. Außer den bereits genannten Gemeinden haben noch nachstehende Protestversammlungen abgehalten.

Kozienice.

Die in Wolla Tyrynyska am 21. Mai zusammengetretene Gemeindeversammlung faßte nachstehenden Beschluß:

„Unsere evang. luth. Kozienicer Filialgemeinde (welche aus den drei Dörfern: Wolla Tyrynyska, Chynow und Polendry Kuzmynskie besteht) stimmt hiermit den evangelischen Gemeinden zu Lodz bei und wünscht unsere Kirche rein ohne katholische Bestimmungen zu erhalten.“

Wir bescheinigen unseren Willen durch unsere eigenhändige Unterschrift.

Es folgen die Unterschriften der vier Kirchenvorsteher und von dreißig Gemeindegliedern.

Budnowo.

Am 21. Mai fand in der Kantorsatgemeinde Budnowo, Gemeinde Straszewo Kreis Nieszawa, eine Versammlung statt, auf der über die Notlage unserer Kirche und über die zukünftigen Wahlen der Laien in die konstituierende Synode beraten wurde. Nach eingehender Aussprache, in der die Eigenmächtigkeiten unserer Kirchenbehörden gebrandmarkt wurden, beschloß die zahlreiche Versammlung, sich den Beschlüssen der Lodzger Glaubensgenossen voll und ganz anzuschließen. Es wurde eine Kommission gewählt, die mit der Ausführungskommission in Lodz in Verbindung treten wird.

Es wurde ein Protokoll verfaßt und unterzeichnet.

Przeźów.

Die am 28. April stattgefundene Versammlung der Mitglieder der Filialgemeinde Przeźów (Gemeinde Lubnice, Bezirk Siemnica, Wojewodschaft Kielce), umfassend die Ortsgaaten: Przeźów, Buszyca, Nikolajow und einige zerstreute Familien, faßte einstimmig gegen eine Stimmenerhaltung nachstehende Entschlieung:

Die hier am 28. April 1922 nachmittags um 3 Uhr im Hause des Herrn Kirchenkollegiumsmitgliedes Johann Schindel versammelten Gemeindeglieder der hiesigen Filialgemeinde schloßen sich voll und ganz dem Proteste der beiden evang. Gemeinden vor Lodz in Bezug der Neuordnung unserer Kirchenangelegenheit in Kongresspolen an, indem sie hierbei noch als wichtig hervorheben, daß das in der 2. Resolution besagte Verhältnis der Geistlichen zu den Laien bei der projektierten Synode 1:2 sowie das der Filialgemeinden von 2 Laien noch als zu klein erscheint, da die Landgemeindenvertreter, wie allgemein bekannt ist, aus verschiedenen vorzurückenden Ausreihen nicht vollzählig erscheinen, die Geistlichen jedoch ganz bestimmt alle zugegen sein werden, weshalb die Synode leicht in eine schwierige Lage kommen könnte. Herr Kirchenkollegiumsmitglied Johann Schindel projektiert das Verhältnis von 1 gegen mehrere (3) und nebstdem auch mehrere Laien aus jeder Filialgemeinde.

Nebstdem bringen wir unserer Freude hierin zum Ausdruck, daß durch diesen unternommenen Schritt der beiden evangelischen Gemeinden zu Lodz, dem sich doch hoffentlich alle Gemeinden Kongresspolens anschließen werden, endlich ein Wandel zum Besseren unserer Landeskirche eintreten könnte und die öffentlichen Segereien, die nur der Allgemeinheit schaden und uns gegenüber der Regierung herabsetzen, aufhören möchten und endlich Kirchenfriede folgen würde.

Wir beglückwünschen hierbei die mutigen Streiter zu ihrem Vorgehen und wünschen Gottes reichsten Segen hierzu.

Es folgen die Unterschriften von sechs Mitgliedern des Kirchenkollegiums, des Schriftführers und von 29 Gemeindegliedern.

Neudorf.

Die Neudorfer Gemeinde faßte am 21. Mai nachstehenden Beschluß:

Es wird hiermit bescheinigt, daß unsere evang. luth. Gemeinde zu Neudorf (Kreis Sochaczew) sich dem Lodzger Protest anschließt. Sie wünscht unsere Kirche rein ohne katholische Bestimmungen zu erhalten.

Es folgen 36 Unterschriften.

Jauszew.

Die Mitglieder des evangelisch-lutherischen Kantorsats zu Jauszew, Kirchspiel Jlow, versammelten sich am 26. Mai und beschloßen einstimmig, sich dem Protest der beiden Lodzger Gemeinden anzuschließen.

Das Protokoll trägt die Unterschrift von 83 Mitgliedern.

Aus Welt und Heimat.

Eine Wahlversammlung fand für die Lodzger Deutschevangelischen am Himmelfahrtstage statt. Die Ausführungskommission erstattete Bericht über ihre bisherige Tätigkeit und forderte die Versammelten auf, sich recht rege und vollzählig an den Wahlen für die geziehende Synode zu beteiligen. — Die Wahlen finden in beiden Lodzger Gemeinden am 11. Juni, 3 Uhr nachmittags statt.

Ehre dem deutschen Lehrer! An der deutschen Arbeitsschule in Odessa (früher Realgymnasium) sind die Lehrer und Lehrerinnen verarmt und abgeriffen. Wäre es nicht möglich, ihnen ein wenig Stoff für Kleider, und einiges Schuhwerk zukommen zu lassen. Es sind vier Lehrer und sechs Lehrerinnen. Ich habe das Gefühl — so schreibt der Direktor der Schule — wenn sie in Bälde keine Unterstützung bekommen, so lassen sie die Schule stehen, und unsere deutsche Schule ist dann geliefert.

Zahllose Briefe aus dem Schwarzmeergebiet melden die besonders große Not der deutschen Lehrer. Wenn der Bauer am Verhungern ist, muß zuerst der Lehrer verhungern. Unter unsäglichen schwierigen Verhältnissen arbeiten diese Lehrer: keine Beheizung, kein Licht, keine Tafel, keine Kreide, kein Papier, keine Feder, kein Bleistift, zehn Kinder eine alte zerlesene Bibel. Selbst nichts anzuziehen, nichts zu essen. Und trotzdem arbeiten sie und halten den Schulbetrieb aufrecht, soweit es irgendmöglich ist. Dazu Unterrichtsunterlagen, die theoretisch ganz schön sein können, praktisch aber noch in keiner Weise ausgebildet sind.

Das sind Martyrer des Lehrerberufes!

Will die deutsche Lehrerschaft nicht diesen ärmsten und elendesten ihrer Berufsgenossen zu Hilfe kommen? Wir wissen wohl, daß die deutsche Lehrerschaft selbst nicht auf Rosen gebettet ist. Um so mehr wird sie die Not dieser Armen verstehen.

Sammelt Kleider, sammelt Wäsche und Schuhe für Frauen und Männer, und besonders auch für die armen meist zahlreichen Lehrerskinder. Wir sind erbötig, die Gaben schnellstens dorthin zu bringen, wo man ihrer bedarf.

Wochenschau.

In Warschau stehen die Schulverhältnisse furchtbar schlecht. Auf 150,000 schulpflichtige Kinder genießen nur 70,000 regelrechten Unterricht, der Rest läuft auf den Straßen herum, dadurch die Reihen der Taschendiebe und späterhin Strolche vermehrend. Schuld an dieser traurigen Lage trägt ebenfalls die allgemeine Wohnungsnot. Ein Teil der Schulen ist gegenwärtig in hölzernen Notbauten untergebracht. In nächster Zeit sollen 70 Schulbaracken erbaut werden, um wenigstens teilweise der Schulnot abzuhelfen.

Ernüchterung! Der Christliche Studentenverein an der Universität Krakau verbreitet eine durch Prof. Wiejski verfaßte Schrift, die sich gegen die Auswüchse des polnischen Nationalismus richtet. Der „Kurjer Polski“ begrüßt dieses menschenfreundliche Beginnen. Wir unsererseits verpflichten dem ganz und voll bei. „Gleiche unter Gleichen, freie unter freien“.

Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen Deutschlands. Nach langen Vorberätungen waren am 25. Mai in Wittenberg Vertreter der evangelischen Landeskirchen sämtlicher deutscher Staaten zusammengetreten zum Zwecke des Zusammenschlusses der evangelischen Landeskirchen Deutschlands.

Die Obsternte hat in diesem Jahre nach den Auslagen des Prof. Janowski folgende Aussichten. In der Umgegend von Warschau: die Frühkirchen verfahren eine gute Ernte, dafür die Sommerkirchen, die infolge der Nachfröste und des Regens gelitten haben, eine geringere; die Pflaumen haben in der Blütezeit ebenfalls gelitten, jedoch kann in der Folgezeit die Ernteaussicht sich bessern. Die Birnbäume blühten heuer reichlich, so daß man eine ausgiebige Ernte erhoffen kann. Hingegen wird es sehr wenig Äpfel geben. Die vorjährige Dürre hat hier schädlich eingewirkt.

Bei Ueberschreitung der Grenze der freien Stadt Danzig muß man einen gewöhnlichen Personalausweis (Pass) vorzeigen. An polnischem Gelde darf man 25000 Mark, in fremder Geldwährung z. B. deutsche Mark — 10.000 mit sich nehmen. Bei der Hin- oder Rückfahrt unterliegt das Gepäck einer Zollrevision, wobei nur die Sachen verzollt werden, die unter das bestehende Ausfuhrgeß fallen. Schuhe, Wäsche, Bücher usw. werden auf der Rückfahrt nicht verzollt.

Schiffbau in Warschau. Die Werft der Warschauer Aktiengesellschaft für Transport und Schifffahrt, die schon im vorigen Jahre einen großen Raddampfer zu Wasser gelassen hat, konnte Mitte April wieder einen stählernen Dampfer zu Wasser lassen. Es ist ein großer Passagier-Raddampfer „Francia“ für die Weichsel, der auf der Strecke Warschau-Danzig verkehren soll und wegen der langen Reisezeit auf dieser Strecke 147 Schlafplätze erhalten hat. Damit wird also nach längerer Zeit wieder einmal ein regelmäßiger Dampferverkehr in Gana kommen. „Der Osten“.

Auf der Warschauer Getreidebörse war im Laufe der vergangenen Woche die Kaufstimmung flau. Man zahlte am 24. Mai für einen metrischen Zentner (244 Pf.) Weizen — 23000, Gerste — 13.300, Hafer — 14.800.

Die Millionuwka. Bei der Ziehung am Sonnabend, den 27. Mai, fiel der Gewinn auf Nr. 0470094, welche in Opatow verkauft wurde.

Die ausländischen Geldwährungen unterlagen keinerlei Veränderungen; so zahlte man am:

	22.5.	24.5.	27.5.
1 Dollar	4100 Mk.	4050 Mk.	4040 Mk.
1 Pf. Sterling	18300	18275	18300
1 franz. Frank	375	373	372
1 deutsche Mark	13 1/2	13 1/2	14

Ein Millionuwkaschein wurde mit 1500 Mk. bezahlt.

Inland. Die neue Wahlordnungsvorlage hat im Reiche viel Staub aufgewirbelt. Haben doch nicht allein nur die völkischen Minderheiten Grund, sich gegen diesen Vergewaltigungsversuch der chauvinistischen Priester, die gegenwärtig im Sejm und bei der Regierung tonangebend sind, energisch zu wehren, sondern auch die kleineren politischen Parteien müssen notgedrungen gegen diese neue Wahlordnung ankämpfen, weil es sich hier für jede Minderheit um Sein oder Nichtsein handelt. Die Polnische Sozialistische Partei, die die drohende Gefahr anerkannt hat, benützt diese Pause, um Kräfte für einen neuen Sturmangriff zu sammeln. Die Partei will im Sejm den Antrag stellen, die Vorlage der Kommission zu überweisen.

Der Friedensvertrag von Riga ist wieder einmal ein Beispiel dafür, daß die schönsten Verpflichtungen wertlos sind, insofern sie nicht dem guten Willen beider vertragsschließenden Seiten entsprungen sind. Rußland sollte laut diesem Vertrage schon am 30. April an Polen 30 Millionen Goldrubel abzahlen. Doch hat die Sowjetregierung bis jetzt keinerlei Schritte unternommen, diesen ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die polnische Regierung hat deshalb an Sowjetrußland eine Note gerichtet, in der sie die Sowjetregierung auffordert, die fällige Rate spätestens bis zum 28. Mai zu bezahlen.

Deutschland. Auf die Protestnote der deutschen Regierung gegen den „Offenen Brief“ des Westmarkenvereins ist von der polnischen Regierung eine befriedigende Antwort eingelaufen. Die polnische Regierung treffe Maßnahmen, um Ruhe und Frieden zwischen allen Bevölkerungsteilen zu erhalten, was sie als Grundlage zu guten Beziehungen mit ihrem deutschen Nachbarn betrachte.

Frankreich. Die französische Regierung strebt nach wie vor eine weitere Zerstückelung und Schwächung Deutschlands an. Kein Mittel wird unversucht gelassen, um dieses Ziel zu erreichen. Die Kommission für das linke Rheinufer, deren Mitglieder sich am 20. Mai in Paris zu einer Sitzung versammelten, veröffentlichte eine Note, in der darauf hingewiesen wird, daß eine Unabhängigkeitserklärung des Rheinlandes ein weiteres Mittel zur „Aufrechterhaltung“ des Friedens in Europa sein würde. Die Kommission fordert die französische Regierung auf, der Bevölkerung des linken Rheinufers zur „freien“ Willensäußerung zu verhelfen. Zu diesem Zwecke sei die Aufhebung des Amtes des deutschen Kommissars in Koblenz, Errichtung einer rheinischen „Vertretung“ in Koblenz und sofortige Entfernung des Heimdienstes und der Parteisekretäre der führenden preußischen Parteien sowie der „überflüssigen“ preußischen Beamten erforderlich. Auch die Bestrafung und Ausweisung des Polizeipräsidenten von Aachen und die Erweiterung der Kontrolle über die in Aachen und Koblenz erscheinenden Zeitungen müsse durchgeführt werden. Der Ausschuß für das linke Rheinufer hat beschlossen, in Bonn, Wiesbaden und in Orten, die in enger Fühlung mit der Organisation des Heimdienstes stehen, die Idee der Unabhängigkeit des Rheinlandes zu verbreiten. Der erwähnte Ausschuß wendet sich nun an die Regierungen der Verbandsmächte mit der Bitte, dem Rheinlande zur „Freiheit“ verhelfen zu wollen. — Andererseits gehen Frankreichs Bestrebungen dahin, immer mehr Bundesgenossen zu gewinnen. Zwei französische Kammerabgeordnete bereisen gegenwärtig die Länder der Kleinen Entente und Polen, um diese Länder für die Idee der Schaffung eines kontinentalen Blocks zu gewinnen, der aus Frankreich, Belgien, der Tschechoslowakei, Jugoslawien,

Rumänien und Polen bestehen soll. Den Franzosen käme es sehr zustatten, wenn sich die Beneluxstaaten diesem Blocke anschließen wollten, was sie hoffen, daß dann auch die großen frankreichbefreundeten Staaten folgen würden.

Irland. Die Unruhen in Irland dauern weiter an. Massenverhaftungen sind an der Tagesordnung. Die Iren zündeten in letzter Zeit im Bezirk von Autrin eine ganze Reihe von Schlössern an, darunter auch das Schloß Lord Churchills.

Kurze telegraphische Meldungen.

Bei Brest (an der französischen Küste) hat sich eine furchtbare Schiffskatastrophe ereignet. Der Dampfer „Egypt“ stieß mit dem Frachtdampfer „Seine“ zusammen. Das Schiff sank in wenigen Minuten. 102 Menschen sind in den Wellen umgekommen.

Der Außenminister Skirmunt ist aus Genau über Wien nach Warschau zurückgekehrt.

Die Uebernahme der Eisenbahnen in Polnisch-Oberschlesien durch Polen soll am 29. Mai beginnen und am 13. Juni beendet sein.

Der Patriarch Tichon und der Bischof Michael sind von den Bolschewiken zu fünf Jahren Haft und öffentlichen Zwangsarbeiten verurteilt worden, weil sie angeblich beschlagnahmte Kirchenschatze verborgen haben sollen. Das Urteil rief in Kiew große Empörung hervor.

Aus Blumenau (Tirol) wird eine furchtbare Explosionskatastrophe gemeldet. 17 Personen sind getötet und 120 schwer verletzt. Der Schaden beträgt gegen sieben Millionen Kronen.

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“
m. b. H., Petrikauer Straße 86.

Spargelder

verzinsen wir
bei täglicher Kündigung mit 6%
6-wöchentl. „ 10%
1/2-jährl. „ 12%

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen
Lodz, Meje Kosciuszki 45/47. 8.6

Das Tapezier- und Möbelgeschäft von

L. Vogelsang, Lodz,

Al. Kosciuszki Nr. 56.

übernimmt sämtliche Umpolsterungen und hat stets auf Lager
Ottomanen, Schlafsofas, neue und gebrauchte Möbel.

Die Billigsten

In Lodz sind

Schmechel & Rosner,

Petrikauer Straße Nr. 100, Filiale Nr. 160,

weil sie rechtzeitig noch vor der Preissteigerung eingekauft haben.

Es sind am Lager in großer Auswahl:

Damen-Kleider, neueste Damen-Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleiderstoffe in Garbardin, Cheviot, Boston und Flora. Ferner: Herren- und Damen-Wäsche aus Madapolam sowie feine Damen-Wäsche aus Batist, Etamin; Strümpfe, Weißwaren auf Meter, Bettzeuge, Kretons, Handtücher, Tischdecken, Laken etc.